



STARKE EU NICHT OHNE AUSREICHENDE FINANZMITTEL



FORDERUNGEN DER **STÄDTE & GEMEINDEN** AN DIE **EUROPAPOLITIK**

Internet: www.dstgb.de

Stand Juni 2018



FORDERUNGEN DER STÄDTE & GEMEINDEN AN DIE EUROPAPOLITIK

1

STARKER ZUSAMMENHALT IN EUROPA IST EIN GEWINN FÜR ALLE!

„Eine kleinere EU bedeutet einen kleineren EU-Haushalt“, so wurden Regierungen in den Medien vor dem Ratsgipfeltreffen am 23.02.2018 zitiert. Also keine Mehrzahlungen in den EU-Haushalt. Gegen die Behauptung, die EU sei zu teuer, argumentierte die EU-Kommission mit Recht die Feststellung, dass der EU-Haushalt nur rund 2 % der öffentlichen Ausgaben in der EU ausmacht. Anders ausgedrückt genießt jede Bürgerin und jeder Bürger die Vorteile der Europäischen Union zum Preis von weniger als einer Tasse Kaffee pro Tag. Und wir alle bekommen dafür einen einigen europäischen Kontinent, der Garant für Frieden, Sicherheit, Stabilität und florierende Märkte ist. Die Wertschöpfung deutscher Unternehmen im EU-Binnenmarkt ist so groß, dass sie den EU-Beitrag bei weitem aufwiegt.

Europäischer Zusammenhalt geht vor! Dies gilt auch für gemeinsame Werte in Europa. Die Achtung dieser Werte muss daher in der Umsetzung der EU-Haushaltspolitik und Finanzierung angestrebt werden.



2

STARKES EUROPA BRAUCHT HANDLUNGSFÄHIGE HAUSHALTAUSSTATTUNG!

Für die Zukunft der EU werden wichtige Zielsetzungen formuliert: unter anderem Schutz der EU-Außengrenzen, Förderung einer europäischen Verteidigungsunion, Beschleunigung des digitalen Wandels, Gestaltung der Regional- und Agrarpolitik. Alleine den Schutz der EU-Außengrenzen zu verbessern, dürfte über einen Zeitraum von sieben Jahren bis zu 150 Milliarden Euro mehr kosten.

Dafür müssen die nötigen Finanzmittel für die EU aufgebracht werden. Gemeinsame politische Ziele in der EU müssen auch gemeinsam finanziert und umgesetzt werden.



3

EUROPÄISCHEN MEHRWERT ABSICHERN

Der Europäische Fonds für strategische Investitionen spielt eine wichtige Rolle auch für den Anschub privater Investitionen. Eine Bündelung auf europäischer Ebene und gezielte Entwicklung grenzüberschreitenden Wachstums kann Ergebnisse realisierbar machen, die alleine auf nationaler Ebene nicht erreicht werden könnten. Dieser Mehrwert des EU-Haushalts muss gezielt herausgearbeitet und gestärkt werden. Dem Subsidiaritätsprinzip folgend müssen zudem Finanzierungen und Förderungen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene effektiv möglich und umsetzbar sein. Dem muss auch ein beihilfenrechtlicher Regelungsrahmen Rechnung tragen, der sich auf die europäische Beihilfenkontrolle beschränkt und Förderungen auf nationaler Ebene weite und effektive Handlungsspielräume eröffnet.





4

STARKE EU-REGIONAL-FÖRDERUNG WAHREN & WEITER-ENTWICKELN

Europa muss in den Regionen erlebbar und wirksam sein und bleiben. Dazu leisten die EU-Regionalförderfonds einen unverzichtbaren Beitrag, der in allen europäischen Regionen wirksam werden muss. Dies entspricht den Erwartungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. So sorgt die europäische Kohäsionspolitik für echten europäischen Zusammenhalt. Fallen mit einem Brexit die britischen Beitragszahlungen an den EU-Haushalt weg, müssen diese mindestens durch Umschichtungen im EU-Haushalt und durch moderate Beitragsmehrleistungen der Mitgliedsstaaten ausgeglichen werden. Dies lohnt sich auch für die nationalen Haushalte und Ökonomien. Die EU-Regionalförderung trägt neben der Agrarförderung maßgeblich dazu bei, dass europäische Finanzmittel in die Regionen fließen und dort zur Schaffung von Mehrwert beitragen können.



5

VEREINFACHUNG VERWIRKLICHEN

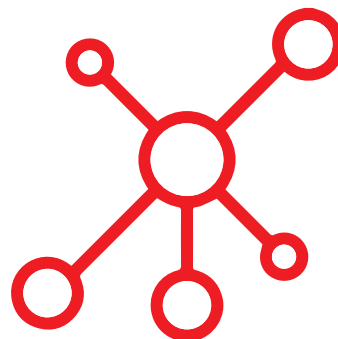
Die Handhabung des EU-Haushaltes und insbesondere der EU-Regionalförderung muss vereinfacht werden. Akteure der Regionalförderinstrumente berichten von einem erheblichen administrativen Aufwand, der selbst schon zum Investitionshemmnis geworden ist – Fördermittel bleiben deswegen in Milliardenhöhe ungenutzt liegen. Haushaltskontrolle beim Einsatz öffentlicher Mittel ist uneingeschränkt eine zentrale Zielsetzung, die nicht zuletzt die Städte und Gemeinden unterstützen. Ihre administrative Umsetzung muss gleichwohl verhältnismäßig für einen effektiven und effizienten Einsatz der Fördermittel sein.



6

NACHHALTIG IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN!

Die Debatte um den zukünftigen EU-Haushaltsrahmen muss die Fragen beantworten, dass europäisch finanziert wird und was europäisch finanziert wird. Wir fordern mehr europäische Förderung bei nachhaltigen Zukunftsthemen. Dazu zählen vor allem eine europäische Migrations- und Grenzpolitik und in unseren Städten und Gemeinden die Themen Infrastruktur, Mobilität, Innovationen und die Entfaltung des Potenzials der Digitalisierung für die Menschen und für die Wirtschaft in Europa.



7

FÖRDERUNG VON LANDWIRTSCHAFT & LÄNDLICHEN RÄUMEN

Die gemeinsame Agrarpolitik bleibt ein wichtiges Ziel der EU. Positiv sind die Überlegungen der EU-Kommission, den Übergang zu einem nachhaltigen Agrarsektor und die Entwicklung vitaler ländlicher Gebiete zu unterstützen. Es geht um die Sicherung einer hochwertigen und nachhaltigen Lebensmittelversorgung und einer modernen Agrarpolitik, die Umwelt-, Verbraucher und Klimaschutz umsetzt.



FORDERUNGEN AN DIE EUROPAPOLITIK



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Marienstraße 6
12207 Berlin-Lichterfelde
Tel.: 030 / 77307-0
Fax: 030 / 77307-222
E-Mail: dstgb@dstgb.de